



Zur Digitalstrategie der Bundesregierung

Der »digitale Aufbruch« steht im Koalitionsvertrag der Ampel ganz vorn bzw. oben auf der Agenda. Das ist gut, es ist aber auch zwingend nötig: Platz 11 im Gesamtranking des europäischen DESI-Index¹ ist für Deutschland, den wirtschaftlichen Motor der EU, schlicht ungenügend. Im DESI-Teilranking für die digitale Verwaltung reicht es gar nur für Platz 17 – ein Weckruf. Im Digitalen übers Mittelmaß hinauszukommen, den Anspruch zu haben technologisch führend zu sein – das ist kein Selbstzweck. Wirtschaft, öffentlicher Sektor, Infrastruktur, Gesundheits- und Bildungswesen, auch viele Bereiche der Gesellschaft müssten digital besser unterstützt und teilweise auch ganz neu aufgestellt werden, um für die Herausforderungen unserer Zeit gewappnet zu sein. Die Corona-Pandemie hat unsere mangelnde Krisenresilienz für alle sichtbar gemacht. Und Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine wirft die Frage nach digitaler Widerstandsfähigkeit, der Sicherheit unserer kritischen Infrastrukturen und unserer digitalen Souveränität auf. Der Umbau unserer Energieversorgung, der Erhalt unserer Mobilität und der Schutz von Klima und Umwelt können nur mit massiver digitaler Unterstützung verwirklicht werden. Die Herstellung digitaler Leistungsfähigkeit muss also Kern verantwortungsvoller Politik im 21. Jahrhundert sein.

Der hohe Stellenwert der Digitalpolitik im Koalitionsvertrag zeigt die in Regierung und Parlament schon länger vorhandene Einsicht in die entsprechenden Zusammenhänge und Handlungsbedarfe. Gleichzeitig unterstreicht er einmal mehr: Wir haben im Digitalen kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Das institutionelle Setting der vergangenen Jahre hat dazu erheblich beigetragen – alle waren ernsthaft bemüht, aber verkrustete und/oder komplizierte Strukturen bremsen viele Vorhaben aus und so ließen Tempo und Ergebnisse letztlich zu wünschen übrig. Nun aber ist mit dem neu formierten Bundesministerium für Digitales und Verkehr die Digitalisierung erstmals auf Augenhöhe am Kabinetttisch vertreten – ein absolutes Novum. Trotzdem liegen wichtige Zuständigkeiten auch weiterhin in anderen Häusern, allen voran im BMWK, im BMI oder im BMBF. Auch wenn bei der im Koalitionsvertrag vereinbarten Kompetenzbündelung mehr wünschenswert gewesen wäre: Es ist positiv, dass der Akzent bei den Digital-Zuständigkeiten künftig klar auf dem BMDV liegt. Wichtig ist jetzt, dass alle Ressorts in digitalpolitischen Belangen an einem Strang ziehen, dem Digitalministerium dabei eine führende Rolle zubilligen und schnell Ergebnisse liefern.

Digitalisierung ist ein Prozess, der auch ohne aktive Gestaltung durch die Politik statt findet. Wer ihn nicht gestaltet, läuft Gefahr wirtschaftlich, staatlich wie gesellschaftlich abhängig und abgehängt zurückzubleiben. Doch dieser Prozess lässt sich gestalten, um gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Souveränität, ökologische Nachhaltigkeit und staatliche Resilienz in Krisen digital zu fördern. Die Grundlage einer solchen Digitalpolitik aus einem Guss (vgl. Bitkom-Digitalstrategie 2025) sollte eine Digitalstrategie bilden, aus der sich ein klares Zielbild ergibt: Wo wollen wir 2025 bzw. 2030 stehen, was sind unsere Ziele? Wie und mit welchen Maßnahmen wollen wir sie erreichen?

Wichtig ist jetzt, dass alle Ressorts in digitalen Belangen an einem Strang ziehen.

Für 2030 schlagen wir folgendes Zielbild vor:

- Die Menschen in Deutschland haben den Schritt in die digitale **Gesellschaft** geschafft und dabei niemanden zurückgelassen. Grundlage dafür sind hervorragende Aus- und Weiterbildungsangebote und qualitativ hochwertige digitale Bildung, die fest in unserem Schulsystem verankert ist. Viele Innovationen – vom digitalen Euro bis zum smarten Thermostat – sind bis dahin selbstverständlicher Bestandteil unseres täglichen Lebens. Die digitale Infrastruktur bildet für alle digitalen Ambitionen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat eine leistungsfähige und sichere Basis.
- Deutschlands **Wirtschaft** hat sich in digitalen Schlüsseltechnologien auch in globalem Maßstab auf Spitzenniveau positioniert. Klimaneutralität ist in einer zunehmenden Anzahl von Unternehmen erreicht. Aus unseren Startups werden international erfolgreiche Scaleups und aus Scaleups werden internationale Top-Player. Sie setzen Ideen um, die in der gesamten Wirtschaft Veränderung treiben. Data Sharing und Datenschutz haben wir in eine neue Balance gebracht, die mehr datengetriebene Innovationen zulässt.
- Unser **Staat** und seine Verwaltung funktionieren durchgängig digital, sind leistungsfähig und bürgernah. Menschen und Unternehmen erleben den Kontakt mit Ämtern und Behörden positiv, weil die Dinge einfach funktionieren. Smarte Städte und Gemeinden bieten beste Lebensbedingungen und ziehen so die klügsten Köpfe an – die unbürokratische Anwerbung von Fachkräften macht es möglich. Öffentliche Mittel setzt der Staat evidenzbasiert gezielt dort ein, wo der Effekt am größten ist. Und für Krisen ist unser Gemeinwesen gut gerüstet – dank resilienter, digitaler Prozesse und Strukturen.

Fünfzehn Vorschläge mit Hebelwirkung

Politisches Business as usual wird nicht ausreichen, um diese Ziele zu erreichen – wir haben damit schon in den vergangenen 20 Jahren zu langsam zu wenig erreicht. Es muss uns gelingen, echte Hebel zu identifizieren, durch die wir mit vergleichsweise geringem Aufwand große und für die Allgemeinheit spürbare Erfolge erzielen. Bestenfalls können wir so digitale Effekte in Gang setzen, bei denen eine Maßnahme weitere Digitalisierungsschübe in Gang setzt.

Fünfzehn Vorschläge, wie wir die Chance auf den digitalen Aufbruch wirklich nutzen:

1. eID-Initiative: Wallet-Lösungen für alle

Sichere elektronische Identitäten sind die Grundvoraussetzung für die Digitalisierung in fast allen Bereichen von Staat und Gesellschaft. Deshalb braucht es schnell eine gemeinsame eID-Initiative von Staat und Wirtschaft, um eine praxistaugliche, sichere und interoperable Wallet-Lösung einzuführen – und zwar bis Ende 2022. Damit sollen Bürgerinnen und Bürger ihre verschiedenen elektronischen Identitäten einfach und sicher managen und im Alltag Daten für unterschiedlichste Anwendungen bereitstellen können.

Es muss uns gelingen, echte Hebel zu identifizieren.

2. Digitale Ämter schaffen

Gleichzeitig müssen Schriftformerfordernisse in der Verwaltung – wie im Koalitionsvertrag angekündigt – abgeschafft bzw. Möglichkeiten zur digitalen Signatur ausgebaut werden. Dafür braucht es ein konkretes Datum: Spätestens 2023 muss Schluss sein mit dem staatlich verordneten Griff zu Papier und Stift (Second Best: Schaffung einer Experimentierklausel für Kommunen zum Verzicht auf physische Unterschriften). Das OZG, dessen Umsetzung ohnehin zu langsam vorangeht, muss zu einem echten Verwaltungszukunftsgesetz werden: Dafür braucht es einen konkreten Zeitplan für den Rollout aller OZG-Leistungen in der Fläche. Außerdem sollten jene 100 OZG-Leistungen priorisiert werden, die am häufigsten genutzt werden. Bei der Weiterentwicklung muss künftig stärker auf die Binnendigitalisierung der Verwaltung geachtet werden, statt primär auf den Zugang abzustellen. Die Prozessdigitalisierung wird helfen, dem Personalmangel im Öffentlichen Dienst zu begegnen und die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Verfahrensverkürzungen zu realisieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Verwaltungstätigkeiten nicht mehr eingesetzt würden, könnten als digitale Streetworker denjenigen helfen, die auf dem Online-Amt Unterstützung brauchen.

3. Cybersicherheit neu denken

Nicht erst der russische Angriff auf die Ukraine und die damit verbundenen Cyberattacken zeigen: Funktionsfähige und sichere IT-Systeme sind das Rückgrat unseres Alltags. Um uns besser zu schützen braucht es einen Paradigmenwechsel. Bis 2025 muss die Cybersicherheitsarchitektur in den Bundesbehörden den »Zero-Trust«-Prinzipien folgen. Außerdem braucht es ein tagesaktuelles »Bundeslagebild Cybersicherheit« für die deutsche Wirtschaft, idealerweise bereitgestellt von der Allianz für Cybersicherheit als Single Point of Contact.

4. Booster für die digitale Bildung

Die Digitalisierung der Bildung bleibt eine Daueraufgabe, ob in den Klassenzimmern, in den Unternehmen oder an den Hochschulen. Deswegen soll, wer staatlich (co-)finanzierte Bildungsangebote in Anspruch nimmt, daran durch ein gesetzlich verbrieftes »Recht auf digitale Bildung« künftig immer auch digital teilhaben können. Der Digitalpakt Schule braucht einen Beschleuniger, um endlich seine Wirkung zu entfalten. Die Bundesregierung sollte 100 digitale Vorreiter-Schulen in die Lage versetzen, anderen Schulen bei der Digitalisierung helfen zu können. Derzeit wird das digitale Rad in Deutschlands Schulen 30.000 Mal neu erfunden. Durch Vorreiter, ein zentrales Informationsangebot und Gutscheine für eine professionelle Digitalisierungsberatung sollten Schulen künftig besser unterstützt werden.

5. Ein Fachkräftepaket, das seinen Namen verdient

Die IT-Fachkräftelücke ist ein echter Bremsklotz für die Digitalisierung in Deutschland. Wir brauchen deshalb ein ambitioniertes Fachkräftepaket, bestehend aus einer Weiterbildungsoffensive, Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Informatik und digitaler Wirtschaft (um 5 Prozent bis 2025) sowie Erleichterungen bei der Zuwanderung von Tech-Fachkräften. Ein Online-Weiterbildungsmonitor muss künftig Weiterbildungsbedarfe mit Angebot und Fördermöglichkeiten zusammenbringen, um mehr Transparenz in die komplexe deutsche Weiterbildungslandschaft zu bringen. Bereits kurzfristig helfen würde zudem die stärkere finanzielle Förderung von praxisnahen Coding-School- und Bootcamp-Kursen für Quereinsteige. Für die Zuwanderung ausländischer IT-Fachkräfte braucht es zudem ein zeitgemäßes, englischsprachiges Jobportal und die priorisierte Einführung der E-Akte in allen mit der Einwanderung betrauten Behörden, um die Verfahren zu beschleunigen. Zudem sollten Sprachanforderungen im Fachkräfteeinwanderungsgesetz für IT-Fachkräfte generell gesenkt werden. Es sollte kurzfristig ein Programm aufgelegt werden, um IT-Personal aus der Ukraine, Weißrussland und Russland schnell und gut in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Schließlich brauchen wir im IT-Projektgeschäft Rahmenbedingungen, die einen rechtssicheren und unbürokratischen Einsatz von externen IT-Fachkräften ermöglichen und die in der IT-Branche übliche agile Zusammenarbeit zulassen.

6. Ein Gesundheitsdatenraum für Deutschland

Die Datenpolitik ist stark von Diskussionen darum geprägt, was alles nicht geht. Die neue Bundesregierung sollte stattdessen zeigen was alles möglich ist. Um vorhandene, aber nicht ausreichend verfügbare Gesundheitsdaten für Leistungserbringer, Unternehmen und die Gesellschaft nutzbar zu machen, schlagen wir die Schaffung eines Nationalen Gesundheitsdatenraums vor, innerhalb dessen Daten zu klar definierten, einheitlichen Bedingungen zu nutzen sind und der anschlussfähig ist an ein entsprechendes europäisches Projekt.

Die Bundesregierung sollte zeigen was alles möglich ist.

7. Mehr Data Sharing durch mehr Praxisnähe und Know-how-Aufbau

Die regulatorische Neuordnung datenbasierter Geschäftsmodelle durch EU-Recht ist einer der grundlegendsten wettbewerbspolitischen Eingriffe der vergangenen 50 Jahre. Wir unterstützen die Zielsetzung der EU-Kommission, mit dem Data Act die Nutzung und das faire Teilen von Daten zu fördern sowie das Vertrauen in die dahinterliegende Cloud-Infrastruktur zu stärken. Die Bundesregierung sollte dafür Sorge tragen, dass der Data Act praxisnah und innovationsfördernd ausgestaltet wird. Es braucht Haftungsbeschränkungen für KMU¹, Rechtsunsicherheiten müssen abgebaut werden. Im Bereich des Datenschutzes braucht es dafür vor allem ausreichend Beratungsressourcen in den Aufsichtsbehörden. Um mehr Daten-Know-how in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat zu bringen, sollte das neue Dateninstitut eine kostenfreie Data-Science-Ausbildung für Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Behörden entwickeln. Ein großer Wurf für die Beseitigung sich widersprechender Regeln wäre überdies eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Überführung der Regelungen der Landesdatenschutzgesetze und föderaler Datenverarbeitungsregelungen in ein bundesweites Rahmengesetz.

8. Innovationsstandort für autonomes Fahren – im Regelverkehr

Die Bundesregierung möchte Deutschland zum Innovationsstandort für autonomes Fahren machen. Zu Recht, denn autonome Fahrzeuge entlasten Fahrerinnen und Fahrer von Routineaufgaben und erhöhen die Verkehrssicherheit. Sie tragen zur Steigerung der Verkehrseffizienz bei und reduzieren die Umweltbelastung. Als Innovationsstandort muss Deutschland auch führend beim Einsatz solcher Fahrzeuge sein. Der Bund muss den Kommunen als Trägern der örtlichen Verkehrsunternehmen dafür einen Anreiz geben: mit einer Anschubprämie für die Inbetriebnahme autonomer Fahrzeuge im ÖPNV-Regelverkehr. Der rechtliche Rahmen muss ihren Einsatz praktikabel und sicher gestalten, indem die technische Aufsicht zum Beispiel durch speziell geschultes Fahrpersonal übernommen werden darf.

¹ Begrenzung des Haftungsregimes ggü. Dritten, horizontale und vertikale wettbewerbsrechtl. Freistellung i. S. d. GWB, Schaffung eines Zusammenschlussstatbestands in der Fusionskontrolle, Fiktion erfolgreicher Pseudonymisierung und Anonymisierung

9. Digitale Souveränität stärken

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine macht überdeutlich, dass bestehende Abhängigkeiten kritisch zu beleuchten sind. Wir müssen definieren, in welchen Bereichen Kompetenzen gezielt auf- und ausgebaut werden müssen, um international handlungsfähig und selbstbestimmt zu bleiben. Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und nicht zuletzt Bürgerinnen und Bürger müssen in der digitalen Welt frei, selbstbestimmt und sicher entscheiden können. Bei der Förderung von Innovationen müssen wir deshalb weg von der Gießkanne und Mittel künftig dort prioritär einsetzen, wo der Hebel am größten ist. Nur so werden wir unsere digitale Souveränität absehbar deutlich stärken. Dafür brauchen wir ein Nationales Monitoring Schlüsseltechnologien, mit dem die relevanten Technologien identifiziert und regelmäßig überprüft werden können. Aufgabe des Monitorings muss es zudem sein, die erzielten Fortschritte zu erfassen und im internationalen Vergleich zu bewerten, sodass frühzeitig nachgesteuert werden kann. Damit stellen wir die Förderpolitik vom Kopf auf die Füße. Zur Verbesserung der eigenen digitalen Souveränität gehört auch die Stärkung der öffentlichen Nachfrage europäischer Angebote ebenso wie die Förderung von Open-Source-Lösungen. Europäische Programme, wie die Important Projects of Common European Interest (IPCEI) sind ein guter Ansatz und können als Blaupause auch für nationale Projekte dienen. Unser Ziel muss sein, dass wir in Europa aus einer souveränen Position der Stärke heraus mit der freien Welt Bündnisse und Kooperationen schmieden, von denen alle im besten Sinne profitieren.

10. Programm »Nachhaltiger digitaler Alltag«

Die angekündigten Superabschreibungen für Klima- und Digitalinvestitionen können insbesondere in der Wirtschaft einen Schub für Nachhaltigkeit und Digitalisierung auslösen. Das sollte ergänzt und verstärkt werden durch Maßnahmen für Privathaushalte: Der Bund sollte ein Programm »Nachhaltiger digitaler Alltag« auflegen, mit dem – ähnlich wie bei der energetischen Gebäudesanierung – Beratungsangebote gefördert und deren Umsetzung mit finanziellen Anreizen unterstützt werden. Einfach muss es sein, etwa mit Digitalgutscheinen. So ließen sich – z. B. durch den flächendeckenden Einsatz smarter Heizkörperthermostate – kurzfristig massive CO₂-Einsparungen realisieren.

11. Wenn's ums Geld geht: Digital!

Im Zahlungsverkehr heißt es in Deutschland immer noch oft: »Cash only«. Dass das nicht mehr zeitgemäß ist, zeigt der Blick in andere europäische Länder. Um unseren den Alltag digitaler zu machen, müssen wir die Wahlfreiheit zwischen baren und digitalen Bezahloptionen schaffen: Die Akzeptanz mindestens einer europaweit nutzbaren, digitalen Bezahloption an jedem Point-of-Sale muss zum flächendeckenden Standard in Deutschland werden. Außerdem muss sich die Bundesregierung für zügige Pilotprojekte zur Umsetzung des digitalen Euro einsetzen.

12. Krisensichere Energieversorgung dank digitaler Technologien

Nicht erst seit Russlands Angriff auf die Ukraine ist klar: Wir brauchen Tempo beim Umbau unserer Energieversorgung. Eine funktionierende Energiewende setzt einen echten Paradigmenwechsel voraus. Weil mit Erneuerbaren Energien die Erzeugung fluktuiert, wird die einseitige Anpassung der Energieerzeugung an den Verbrauch abgelöst von einem System, in dem private Haushalte über digitale Technologien zu adaptiven Verbrauchern werden. Das geht nur über den flächendeckenden Einsatz von Smart Metern. Um dem ins Stocken geratenen Smart-Meter-Rollout neuen Schwung zu geben, braucht es ein Smart-Meter-Beschleunigungspaket, mit einem neuen Eilverfahren zur Zertifizierung und Zulassung der Geräte, einem Anrecht für Kundinnen und Kunden auf Einbau und Nutzung von Smart Metern sowie finanzieller Unterstützung für die Verteilnetzbetreiber, um die erforderliche Einbindung in die nachgelagerten IT-Systeme zu meistern.

Digitale Infrastrukturen sind das Rückgrat für alle digitalen Fortschritte in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.

13. Startup-Standort Deutschland: aus Einhörnern Global Player machen

Für die kommenden Jahren gilt es, eine mutige und umfassende Startup-Strategie zu verabschieden und schnell umzusetzen. Durch einen breitgedachten Ansatz und Maßnahmen wie die Vereinfachung von Mitarbeiterkapitalbeteiligung, erleichtertem Zugang für Startups zu öffentlichen Daten und Aufträgen sowie einer besseren Verfügbarkeit von Wagniskapital können wir den Startup-Standort Deutschland nachhaltig stärken, im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig aufstellen und langfristig die Innovationsfähigkeit Deutschlands sichern.

14. Weniger Bürokratie und mehr Pragmatismus für beste Infrastruktur

Digitale Infrastrukturen sind das Rückgrat für alle digitalen Fortschritte in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Die Mittel für den Ausbau unserer Gigabit-Netze sind vorhanden, aber Prozesse und Verfahren müssen mit der technologischen Innovation besser Schritt halten. Vor allem müssen die baurechtlichen Hürden abgebaut, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren ermöglicht und die Ausbau-Beschleunigungspotenziale neuer Verlegungsmethoden genutzt werden. Die Maßnahmen der Gigabit-Strategie gilt es schnell umzusetzen.

15. Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Rechenzentren schaffen

Rechenzentren sind nicht nur ein grundlegendes Element der Digitalisierung, sie leisten auch einen entscheidenden Beitrag zur Erreichung unserer Nachhaltigkeitsziele. Um dieses Potential hier vor Ort zu heben, müssen wir (1) die im Vergleich zu anderen Ländern höchsten Energiekosten senken, etwa durch ein Anreizsystem zum energetischen Umbau der Rechenzentren und einen grüneren Strommix, (2) einen Einspeisevorrang für Abwärme aus Rechenzentren ins Wärmenetz schaffen und das Netz entsprechend aus- und umbauen sowie (3) mehr Vergleichbarkeit bei der Nachhaltigkeit von Rechenzentren schaffen, und zwar über EU-weit einheitliche Umweltnormen und Transparenzstandards. Diese Maßnahmen sollten gebündelt werden: In einer Initiative zur Verbesserung der Standortbedingungen für Rechenzentren in Deutschland.

Bitkom vertritt mehr als 2.000 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.

Ansprechpartner



Fabian Zacharias
Leiter Public Affairs
T 030 27576-105
f.zacharias@bitkom.org

Bitkom e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
bitkom@bitkom.org